

# Editorial

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Preface**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **23 (2003)**

Heft 45

PDF erstellt am: **29.05.2023**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*  
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, [www.library.ethz.ch](http://www.library.ethz.ch)

<http://www.e-periodica.ch>

## Editorial

Nicht erst seit dem „UNO-Weltgipfel zur Informationsgesellschaft“ vom 10.-12. Dezember 2003 in Genf ist von der sogenannten Informationsgesellschaft viel die Rede. Die Vorgeschichte dieses Konzepts beginnt in Europa bereits Ende der 60er Jahre, wie Petra Schaper-Rinkel in ihrem Buch „Die europäische Informationsgesellschaft“ (2003) darlegt. Die damalige technologische Vorherrschaft der USA, die während des Vietnam-Kriegs zum monströsen Ausbau des militärisch-industriellen Komplexes führte, wurde in Europa als eine Gefahr für Wirtschaft und Kultur wahrgenommen. Nicht von ungefähr titelte der französische Publizist Jean-Jacques Servan-Schreiber sein vielbeachtetes Buch: „Die amerikanische Herausforderung“ (1968). Vor allem in Frankreich debattierte man in der Folge heftig über die „Informatisierung der Gesellschaft“ (Simon Nora / Alain Minc 1979), über die Zukunftsperspektiven von Computertechnologie und elektronischer Datenverarbeitung. Es ist daher kaum ein Zufall, dass in der Europäischen Gemeinschaft gerade in der Amtszeit des französischen Sozialisten Jacques Delors (1985-94) die „Europäisierung“ der Technologie- und Telekommunikationspolitik vorangetrieben wurde.

Nach dem Abschluss des Vertrags von Maastricht 1992 zur Europäischen Union, der die konsequente Deregulierung des europäischen Binnenmarktes eingeleitet hat, erschien 1993 das Weissbuch der EU-Kommission zu „Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“, worin die Informationsgesellschaft als Kernstück des Entwicklungsmodells für das 21. Jahrhundert postuliert wird – als allgemeingültige Rezeptur im Kampf um internationale Wettbewerbsfähigkeit, um effizienten Ressourceneinsatz und die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit in Europa.

Die konvergierenden Entwicklungen von Mikroelektronik, Telekommunikation und Massenmedien in den 90er Jahren haben den globalen Raum ökonomisch und politisch-militärisch neu strukturiert. Der Golfkrieg der USA und der multinationalen Streitkräfte im Jahre 1991 leitete nicht nur eine neue Phase des Kriegs um Ressourcen ein, er demonstrierte auch die Möglichkeiten informationsbasierter Steuerung von imperialer Gewaltausübung und ihrer medialen Manipulation in allen Weltregionen. Mit dem Siegeszug der Informations- und Kommunikationstechnologien haben auch Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften einen Paradigmenwechsel vollzogen: Information und Wissen gelten als neue Produktionsfaktoren neben Boden, Arbeit und Kapital; der exklusive Zugriff auf Wissen, seine elektronische Vernetzung und Kommerzialisierung werden zur Grundlage profitträchtiger Dienstleistungen im „Informationskapitalismus“ (M. Castells). Alles Wissen wird potentiell Verwertungswissen, jede Information zur Ware.

Die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und das Bildungssystem sind enorm. Aus den Lohnabhängigen des industriellen Zeitalters, die im geregelten Arbeitsverhältnis Auskommen und sozialen Schutz vor Marktrisiken fanden, werden Arbeitskraft-UnternehmerInnen, die sich selber auf den Märkten anbieten und ihre individuelle Wettbewerbsfähigkeit, so das Postulat neoliberaler Arbeitsmarktpolitik, durch den Erwerb verwertbarer Qualifikationen sicherstellen müssen. Wissensarbeiten mit informationstechnischen Mitteln – und nicht mehr die Güterherstellung und Versorgung – gelten als Beschäftigungsfelder der Zukunft, was vergessen macht, dass auch in den Hochburgen der Informationsökonomie ein grossenteils aus Frauen bestehendes „Fussvolk“ von RoutinearbeiterInnen und von AnbieterInnen persönlicher Dienstleistungen die materielle Existenz gewährleistet. Um die Stätten der Wissensproduktion ist ein rücksichtsloser Kampf um die Privatisierung, Patentierung und Verwertung von Wissen entbrannt. Die Privatisierung von Bildungsinstitutionen und der globale Handel mit Bildungsdienstleistungen rütteln an den Grundprinzipien des demokratisch-öffentlich verantworteten, zugänglichen und für alle erschwinglichen Bildungswesens.

Die Fortschritte der Informationstechnologie und die digitale Beschleunigung der Politik in den reichen Industrieländern heben die schon in den 1980er Jahren einsetzende Nord-Süd-Spaltung in der internationalen Informationsordnung nicht etwa auf, im Gegenteil, sie vertiefen den „digitalen Graben“ zwischen Wohlstandsnationen und vielen verarmten Regionen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Längst nutzen die Antiglobalisierungs-, Gewerkschafts- und Basisbewegungen in ihrer internationalen Organisationsarbeit und in ihren Kampagnen die informationstechnischen Mittel; Ziel ist, der neoliberalen Profitmaximierung eine alternative Wirtschafts-, Bildungs-, Forschungs- und Kulturpolitik entgegenzusetzen – Wissen als Gegenmacht.

Im Diskussionsteil interveniert Michael R. Krätke in die SPD-Debatte um soziale Gerechtigkeit, Gleichheit und Sozialstaat. Alex Demirovic erschliesst in seinem Beitrag über Freiheit und Menschheit bei Theodor W. Adorno neue Aspekte der kritischen Gesellschaftstheorie. Zum Abschluss der zehnbändigen Ausgabe der „Gefängnishefte“ von Antonio Gramsci bilanziert Ruedi Graf die Editionsarbeit und aktualisiert einige Theoreme dieses Werkes.

Die Redaktion